

Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss über den Zustand und die Perspektiven des Sozialstaates Schweiz

«Sozialversicherungen sind keine Wachstumsbranchen»

Bundesrätin Ruth Dreifuss zum Thema ...

... Mutterschaftsversicherung: «Wir bürden der Wirtschaft keine neue Last auf, wir verteilen sie einfach anders.»

*

... Rentenalter: «Die Altersfrage ist kein Tabu.»

*

... Grenzen der Sozialversicherung: «Gesellschaftliche Probleme sollen nicht den Betrieben zur Lösung aufgezungen werden.»

*

... Umverteilung: «Es stellt sich immer die bange Frage, ob die unterschiedlichen Lebenserwartungen die Umverteilungsrechnung nicht wieder auf den Kopf stellen.»

*

... AHV: «Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Reichen.»

— Frau Bundesrätin Dreifuss, die Wirtschaft kommt nach der Rezession nur langsam in Schwung. Im Sozialbereich jedoch sind die Zeichen auf Ausbau gestellt, mit der Mutterschaftsversicherung als aktuellstem Beispiel. Ist das in der gegenwärtigen Lage verantwortbar?

Was die Mutterschaftsversicherung betrifft, halte ich fest, dass die Last für die Wirtschaft nicht wächst. Die Arbeitgeber zahlen heute schon umgerechnet mehr als acht Wochen Mutterschaftsurlaub. Es geht nur um eine Neuregelung einer alten Pflicht, die Vorteile für alle bringt.

— Könnte sie sich aber wegen der Lohnprozente nicht gar gegen die Arbeitnehmer richten?



Bild: Marcel Zuercher

Nein, sicher nicht. Gerade sie haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass es ihnen wichtig ist, die bestehenden Lücken zu schliessen, und dass sie bereit sind, dafür etwas zu bezahlen. Neu ist, dass auch für diesen Problembereich Solidarität unter den Betrieben, das heisst den Arbeitgebern, gefragt ist.

— Auch die neue Institution der Mutterschaftsversicherung soll über Lohnprozente finanziert werden, obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft darunter leidet. Warum hat man keine neuen Formen der Finanzierung gesucht?

Es handelt sich dabei ja um eine Lohnfortzahlungspflicht. Wir bürden keine neue Last auf, wir verteilen sie einfach anders. Dadurch liegt es auf der Hand, sie über Lohnprozente einzuführen. Auf der einen Seite steht die Empfehlung für die Mutter, nicht zu arbeiten, und auf der anderen die Sicherung des Einkommens. Es handelt sich also um ein Problem innerhalb der Arbeitswelt, und es soll auch da gelöst werden. Grundsätzlich sollen die Betriebe dort entlastet werden, wo es um die Lösung von Problemen geht, die nicht oder nur am Rand mit der Arbeitswelt zu tun haben, deswegen zahlen sie auch nichts an die Ergänzungsleistungen. Ich bin darum auch der Meinung, sie müssen nicht unbedingt für die Pflegekosten der Krankenversicherung beigezogen werden, auch wenn es in fast allen europäischen Ländern der Fall ist. Darum ist dies auch in der Revision der Krankenversicherung nicht vorgesehen, im Gegensatz zu der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Initiative.

— Und wie steht es mit der Tragbarkeit der 10. AHV-Revision?

Da stellt sich zunächst die Frage, ob die 10. Revision tatsächlich kostenneutral sein muss oder nicht. Das ist letztlich eine Frage der politischen Gewichtung. Der Bundesrat und das Parlament tun sich mit dieser Frage seit Jahren sehr schwer. Der Bundesrat hat dann auch eine Vorlage unterbreitet, die nicht kostenneutral war. Weiter stellt sich die Frage, ob diese 10. Revision, wenn sie nicht kostenneutral ist, also wenn das Frauenalter nicht erhöht wird, den Aufschwung bremst. Das ist kurzfristig sicher nicht der Fall. Selbst nach dem Jahr 2000, wenn die Revision voll zum Tragen kommt, führt sie zu einer Mehrbelastung von nur rund 3% der gesamten AHV-Ausgaben. Allerdings bleiben uns in beiden Fällen, mit oder ohne Erhöhung des Rentenalters, die Überlegungen über die langfristige Finanzierung der AHV nicht erspart. Da komme ich nun auf den Grundsatz aus der Mutterschaftsversicherung zurück. Die Verlängerung des Lebens, die letztlich zu den Finanzproblemen der AHV führt, gehört nicht in den Arbeitsbereich und ist auch nicht so zu finanzieren. Da brauchen wir dann andere Finanzierungsquellen, wie etwa die indirekten Steuern oder Sondersteuern.

— Sie haben sich recht klar gegen die Erhöhung des Frauenalters in der 10. AHV-Revision ausgesprochen. Würden Sie sich dem in der 11. Revision nicht mehr widersetzen?

Im Rahmen einer vertieften Diskussion über die Bedürfnisse der Menschen, wie der Übergang von der Arbeit in den Ruhestand zu gestalten ist, ist die Altersfrage kein Tabu. Zudem ist längerfristig die gleiche Lösung für beide Geschlechter nicht nur wünschenswert, sondern wird zum Gebot der Gleichstellung, nach Massgabe allerdings der allgemeinen Gleichstellung in der Gesellschaft.

— *Auf der sozialpolitischen Agenda ist zumindest vom Wünschenswerten her kein Ende abzusehen. Die Finanzierung setzt aber irgendwo Grenzen. Gibt es für Sie eine Schranke, etwa in der Belastung mit Lohnprozenten?*

Es gibt sicher Grenzen. Aber wie hätten die Auswirkungen der Rezessionen in den siebziger und achtziger Jahren ohne Sozialversicherungen ausgesehen? Die Krise der siebziger Jahre war in Sachen Arbeitsplatzverluste mit jener der zwanziger Jahre zu vergleichen. Die Folgen jedoch waren absolut nicht vergleichbar. Die jetzige Rezession ist die längste, wenn auch nicht die tiefste. Aber es ist die schlimmste bezüglich der Arbeitslosigkeit. Da kann man sich vorstellen, wie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen ohne die Arbeitslosenversicherung aussehen würden.

— *Wenn wir aber diese Versicherung nicht auf dem heutigen Niveau hätten, hätte die Wirtschaft auch anders reagiert. Die Nationalbank hätte vielleicht eine andere Zinspolitik betrieben.*

Ich behaupte nicht, die Sozialversicherung habe uns in diesem Sinn gerettet. Ich versuche lediglich die stabilisierenden Mechanismen darzulegen, die lawinenartige Entwicklungen bremsen oder stoppen können. Dazu gehört die Arbeitslosenversicherung.

— *Und die Frage nach den Grenzen?*

Es ist nicht ehrlich, wenn man sich in der politischen Diskussion hier und jetzt einfach darauf beschränkt, alle Forderungen, die irgend einmal von irgend jemandem ausgesprochen worden sind, zusammenzuzählen und den Teufel an die Wand zu malen. Jeder dieser Beschlüsse ist politischer Natur. Zudem darf nicht addiert werden, was aus verschiedenen Interessenkreisen kommt. Es zeigt sich meist klar, wo die wichtigsten Lücken sind, und darüber sind die Sozialpartner in der Regel rasch bereit zu sprechen. Ein Beispiel dafür ist die Weiterbildung, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer rasch finden dürften. In der Sozialversicherung ist man sich wohl einig, dass die Mutterschaftsversicherung bisher fehlte. Es ist auch klar, dass die Bäume der Sozialversicherungen nicht in den Himmel wachsen. Es

ist aber insofern noch eine Lücke vorhanden, als die AHV zu stark auf das traditionelle Rollenverständnis zwischen Mann und Frau ausgerichtet ist. Zur Beurteilung der Grenzen scheint mir der Vergleich mit dem Ausland sehr wichtig zu sein. Ich glaube, wir haben da das Mass nicht überschritten und werden dies hoffentlich auch nie tun. Eine goldene Regel, wie weit man gehen kann, gibt es jedoch nicht. Man sollte sich an die Grundregel halten, wonach man der Wirtschaft nicht Sachen aufzwingen darf, die nichts mit ihr zu tun haben. Gesellschaftliche Probleme sollen nicht den Betrieben zur Lösung aufgezungen werden.

— *Wenn man sich über die Finanzierung der sozialen Sicherheit Gedanken macht, kann man wohl davon ausgehen, dass die Lebensarbeitszeit in der Zukunft eher sinken wird. Was steht in der Sozialversicherung in absehbarer Zeit noch an? Wird die Vermutung bezüglich der Lebensarbeitszeit in die Überlegungen mit einbezogen?*

Wir werden eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die Fragen der längerfristigen Finanzierung der Sozialwerke untersuchen und Vorschläge erarbeiten soll. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass sich die Änderungen im Arbeitsleben sehr langsam abspielen. Bezüglich der Lebensarbeitszeit bin ich der Auffassung, dass sich der Trend zur Verlängerung der nicht erwerbstätigen Ausbildungszeit nicht weiter entwickeln wird. Die Dauer der Erstausbildung dürfte abnehmen, dafür gewinnt die sogenannte Education permanente an Bedeutung.

— *Unser Sozialsystem ist auch eine grosse, wenig transparente Umverteilungsmaschine. Gibt es irgendwo eine Reizschwelle, wo die Solidarität aufhört zu funktionieren?*

Leider ist die Schweiz in diesem Bereich statistisch unterentwickelt. Es ist sehr schwierig, die Effekte dieser Umverteilung genau abzuschätzen. Bezüglich der AHV bin ich der Meinung, dass eine sehr fortschrittliche Umverteilungsidee dahinter steht. Dieses System geht sogar weiter als in vielen anderen Staaten. Dabei stellt sich aber immer die bange Frage, ob die unterschiedlichen Lebenserwartungen, die ziemlich stark berufs- und sozialgruppenabhängig sind, die Umverteilungsrechnung nicht wieder auf den Kopf stellen.

— *Ist die Umverteilung nicht in weiten Teilen eine Illusion. Jeder glaubt doch zu den Gewinnern zu zählen.*

Die hohen Einkommen, die etwa in der AHV stärker zur Kasse gebeten werden, wiegen sich kaum im Glauben, dass sie von der AHV dereinst mehr bekommen, als sie einbezahlt haben.

— *Es geht ja nicht nur um die AHV. Die Umverteilung begegnet einem auf Schritt und Tritt. So hat etwa jeder Rentner, ob reich oder arm, Anspruch auf vergünstigte SBB-Billette.*

Zum einen handelt es sich dabei um politische Entscheide, die auf verschiedenen Ebenen gefällt werden. Es ist zum anderen aber auch ein Problem der Transparenz. Wäre sie besser, könnte der einzelne Bürger auch eher beurteilen, ob er zu den Gewinnern gehört oder nicht.

— *Müssten wir nicht an Stelle der Umverteilung ein System aufbauen, von dem vor allem die wirklich Bedürftigen profitieren?*

Bleiben wir zunächst in der AHV. Es ist richtig, dass die Reichen die AHV nicht brauchen, aber die AHV braucht die Reichen. Die Wohlhabenden haben in anderen Bereichen Ansprüche an den Staat, in der AHV aber sind sie Nettozahler. Es stellt sich die Grundfrage, was die Menschen überhaupt brauchen. Sie brauchen nicht nur die Deckung der dringendsten Grundbedürfnisse. Sie brauchen eine gewisse Ordnung, aber auch einen Staat, der nicht herumschnüffelt, um herauszufinden, ob sie die Leistungen nun wirklich benötigen oder nicht. Zudem müssen die Systeme administrativ einfach und dennoch effizient sein. Da hat man noch nichts Besseres gefunden, als allgemeine Versicherungssysteme. Ich träume von einem System, in dem gewisse Grundbedürfnisse möglichst einfach abgedeckt werden. Zusätzlich sind Bedarfselemente einzubauen, vergleichbar etwa den Ergänzungsleistungen im heutigen System. Um den Anspruch dafür geltend zu machen, müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein. Ich sehe also eine Kombination der Systeme, mit einer breit abgestützten, versicherungsmässig organisierten Grunddeckung einerseits, und einer gut ausgebauten Bedarfskomponente andererseits.

— Aber diese Bedarfskomponente wird doch zu wenig stark gewichtet. Das gilt in der AHV, der Krankenversicherung wie auch der angestrebten Mutterschaftsversicherung.

Ich bin sehr für eine Stärkung der bedarfsorientierten Komponente. Die Grundfrage ist aber jene, wie gross der Sockel der Grunddeckung sein muss. Ich glaube nicht, dass er in der Schweiz zu gross ist.

— Wie gedenken Sie eine Verstärkung dieser Bedarfskomponente zu realisieren?

Das muss in einer engen Zusammenarbeit mit den Kantonen realisiert werden. Der bedarfsorientierte Bereich, wie etwa die Sozialhilfe, liegt heute in den Händen der Kantone und der Gemeinden, mit Ausnahme eben der Ergänzungsleistungen. In diesem Sinn sind die Kantone in den Wachstumsbranchen tätig. Die eigentlichen Sozialversicherungen des Bundes sind demgegenüber klar keine Wachstumsbranchen. Die 10. AHV-Revision und die Mutterschaftsversicherung bringen von den Ausgaben her ein bescheidenes Wachstum, in den anderen Bereichen ist Konsolidierung angesagt. Der Bund kann jedoch den Bereich der Grunddeckung nicht selbstherrlich organisieren und den Kantonen und den Gemeinden den Bedarfsteil übergeben. Es braucht einen politischen Konsens über diese Aufgabenteilung. Darum ist es nicht richtig, wenn sie sagen, im Bereich der Sozialversicherungen sieht man nichts von der Bedarfskomponente. Ihre Aufgabe ist es eben, den Sockel der Grunddeckung bereit zu stellen. An diesem Sockel wird sich in den nächsten Jahrzehnten grundsätzlich nicht viel ändern. Es werden noch gewisse Lücken geschlossen, weil in diesem Sockel noch Spalten vorhanden sind. Der Sockel ist noch nicht solide genug.

**Interview: Peter Bohnenblust
und Peter Morf**